

Kartell des Schweigens

Anja Burri

Bildungspolitiker kämpfen mit allen möglichen Mitteln für das Frühfranzösisch. Wissenschaftler, die den Nutzen anzweifeln, werden unter Druck gesetzt und diskreditiert.



(Illustration: Stephan Liechti)

Simone Pfenninger ist eine ehrgeizige Frau. Ihrem Ziel, Professorin zu werden, ordnet die Sprachwissenschaftlerin am Englischen Seminar der Universität Zürich vieles unter. Im Alter von 29 Jahren startet sie ein Forschungsprojekt zum Fremdsprachenlernen. Von da an arbeitet sie nicht nur die Wochenenden, sondern auch viele Nächte durch. Sie hofft, eine in der Schweiz verbreitete Annahme bestätigen zu können: Je früher Kinder Sprachen lernen, desto besser lernen sie. Mit einem solchen Resultat würde sie in der internationalen Forschergemeinschaft für Aufsehen sorgen. Doch es kommt ganz anders.

Pfenningers Resultate stützen die Früher-desto-besser-Annahme nicht. Die Tests mit Zürcher Gymnasiasten zeigen vielmehr, dass sich der frühe Englischunterricht später nicht zwingend vorteilhaft auf die sprachlichen Fähigkeiten der Schüler auswirkt. Dieses Ergebnis bestätigt den bisherigen Stand der internationalen Forschung. In der Schweiz sind Pfenningers Resultate politischer Sprengstoff. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) muss durchsetzen, dass alle Deutschschweizer Kinder nicht nur Frühenglisch, sondern auch Frühfranzösisch lernen. Sie hat kein Interesse daran, den Beginn des Fremdsprachenunterrichts neu zu diskutieren. Das kriegt Simone Pfenninger deutlich zu spüren.

Der EDK-Präsident und baselstädtische Bildungsdirektor Christoph Eymann spricht der Wissenschaftlerin kurzerhand die Kompetenz ab, in der Fremdsprachendebatte mitzureden. «Aus Pfenningers Studie können keine Erkenntnisse für die aktuelle Diskussion abgeleitet werden», schreibt er in der «Basler Zeitung». In einer Forschungsübersicht über die relevanten internationalen Studien zum Fremdsprachenlernen habe Pfenningers Arbeit keinen Eingang gefunden, «weil sie offensichtlich qualitativ nicht genügte».

Auch im persönlichen Gespräch teilt man Pfenninger mit, was man von ihrer Arbeit hält. Eine der EDK nahestehende Person sagt ihr, sie wünschte, Pfenningers Studie wäre nie erschienen. Dass Pfenningers Forschung ungelegen kommt, erfahren am Rande eines Podiumsgesprächs zum Sprachenstreit auch Journalisten. Der Veranstalter war im Vorfeld von EDK-Generalsekretär Hans Ambühl darauf hingewiesen worden, dass die Auswahl der Podiumsteilnehmer – unter ihnen Pfenninger – keine Freude mache. Es ist offensichtlich, dass die EDK Pfenninger ruhigstellen möchte.

Furcht um Karriere

Pfenninger ist nicht die einzige Wissenschaftlerin, die zwischen die politischen Fronten gerät. Weitere Forscher in Freiburg und in Schaffhausen fassen in zwei verschiedenen Arbeiten den Stand der Wissenschaft zur Frage des frühen Fremdsprachenlernens zusammen. Sie bestätigen

im Grundsatz das, was Pfenninger sagt: Schüler, die ein paar Jahre später mit dem Fremdsprachenlernen beginnen, holen die Frühstarter relativ schnell ein. In der Forschungsübersicht des Instituts für Mehrsprachigkeit, das an die Universität Freiburg und die Pädagogische Hochschule Freiburg angegliedert ist, heisst es: Aus Sicht der Forschung sei die Annahme, dass jüngere Kinder in der Schule leichter Sprachen lernten, immer weniger wahrscheinlich. Trotzdem forme die Annahme «bis heute das Denken von Forschung und Bildungspolitik».

Wie Pfenningers Befunde kommen auch die beiden Studienübersichten bei der Bildungslobby schlecht an, so berichten es mehrere gut informierte Personen der «NZZ am Sonntag». In Gesprächen mit Vertretern der EDK oder kantonalen Bildungsbehörden und Politikern hätten dies die Wissenschaftler zu spüren gekriegt. Diese hätten um ihre Karriere oder um Forschungsgelder fürchten müssen. Ein Wissenschaftler gerät demnach in Konflikt mit seinem Arbeitgeber. Er muss belegen, dass er die unliebsame Studienübersicht nicht während seiner Arbeitszeit verfasst hat. Für den Forscher soll es eine harte Zeit gewesen sein. Die betroffenen Wissenschaftler möchten sich auf Anfrage nicht zu diesen Vorfällen äussern. Zu gross ist ihre Angst, dass ihnen eine Offenlegung schaden würde. Die Schaffhauser Studienübersicht ist im Auftrag des kantonalen Lehrerverbands entstanden. Die Lehrgewerkschaft wollte damit eine Debatte über den frühen Fremdsprachenunterricht lancieren. Doch dazu sei es nie gekommen, sagt Cordula Schneckenburger, Präsidentin des Lehrerverbands. Ein Treffen mit den politisch Verantwortlichen des Kantons kam nicht zustande: «Man verweigerte uns das Gespräch, forderte sogar, dass wir uns in dieser Sache nicht mehr äussern sollten.»

Für Kampagnen missbraucht

Raphael Berthele, Professor für Mehrsprachigkeit, ist Co-Autor der Freiburger Studienübersicht. Er reagiert mit einem Rückzug aus dem Sprachenstreit: «Solange die Debatte um das Fremdsprachenlernen so vergiftet ist, wird es für uns Wissenschaftler schwierig, unsere Rolle wahrzunehmen», sagt er. Das könne bedeuten, dass er seine Forschungsfragen so gestalte, dass diese nicht von der Politik vereinnahmt werden könnten. Berthele kritisiert in der jetzigen Fremdsprachendebatte alle Seiten. «Resultate und Erkenntnisse werden selektiv herausgepickt, interpretiert und kritisiert. Dabei geht es immer darum, das eigene politische Ziel als «wissenschaftlich» zu verteidigen», sagt er. Als Wissenschaftler befinde er sich oft in der unangenehmen Rolle, weil seine Resultate nicht nur von der Sprachenpolitik benutzt, sondern für politische Kampagnen missbraucht würden.

Die politische Diskussion über Forschungsergebnisse erstaunt Pfenningers Co-Autor und Mentor David Singleton. Er habe es noch nie erlebt, «dass die Debatte um den Einfluss des Alters beim Fremdsprachenlernen so politisiert wird wie in der Schweiz», sagt der international renommierte Sprachwissenschaftler aus Dublin. Die Universität Zürich steht hinter Pfenningers Arbeit. Die Wissenschaftlerin erhält ihre Habilitation und wird für ihre Arbeit mit dem Mercator Award ausgezeichnet, einem Preis für herausragende Nachwuchsforscher. Simone Pfenninger reagiert denn auch anders als ihre Kollegen aus Freiburg und Schaffhausen auf die Kontroverse und geht in die Offensive. Sie gibt den Medien ausführlich Auskunft über ihre Resultate. Das Bild der grossen, blonden Frau mit den markanten Wangenknochen ist auf allen Kanälen zu sehen. Pfenninger ist auch deshalb eine gefragte Interviewpartnerin, weil sie markige Sätze in die Mikrofone sagt und ihre Resultate selbstbewusst in Politik ummünzt. «Englisch kann man tatsächlich auf die Oberstufe verschieben», sagte sie der «NZZ am Sonntag». Und im «Tages-Anzeiger» erklärte sie «das heutige Kurzfutterkonzept mit rund zwei Wochenlektionen in der Primarschule pro Sprache» kurzerhand «zum Scheitern verurteilt».

Es sind Aussagen, die von den politischen Gegnern der EDK benutzt werden. Sie dienen ihnen als Argumente wahlweise gegen das Frühenglisch oder das Frühfranzösisch. In mehreren Kantonen haben sie Volksinitiativen oder parlamentarische Vorstösse lanciert, um die zweite Fremd-

sprache wieder auf die Sekundarstufe zu verschieben. Der Streit darüber, wie die Kinder Fremdsprachen lernen sollen, hat die ganze Schweiz erfasst. Die Kontroverse ist so heftig, dass sich Kulturminister Alain Berset gezwungen sieht, eine rote Linie zu ziehen. Sollte es Kantone geben, die ihren Primarschülern nur noch Englisch lehren, sieht er den Zusammenhalt der viersprachigen Schweiz in Gefahr und will eingreifen.

Für die EDK steht enorm viel auf dem Spiel. Für sie geht es in der Fremdsprachenfrage nicht nur um den Zusammenhalt des Landes, sondern auch um viel Geld. Erst vor wenigen Jahren haben die meisten Kantone die zweite Fremdsprache auf die Primarstufe verschoben. Lehrer wurden ausgebildet. Neue Lehrmittel angeschafft. Eine so rasche Abkehr von diesem System würde erneut viel kosten und grossen Aufwand bedeuten. Es geht aber auch um Macht. Die Bildung ist einer der letzten wichtigen politischen Bereiche, in denen die Kantone das Sagen haben. Mit einem Eingreifen des Bundes käme der föderalistische Grundsatz, dass jeder Kanton für seine Volksschule verantwortlich ist, ins Wanken.



Simone Pfenninger, Linguistin an der Universität Zürich, möchte den Sprachenunterricht mit ihrer Forschung verbessern. (Bild: NZZ)

So erklärt EDK-Präsident Christoph Eymann seinen Angriff auf Simone Pfenninger mit politischen Motiven. Es sei ihm in keiner Art und Weise darum gegangen, mit seinen Äusserungen die Arbeit der Wissenschaftlerin geringzuschätzen, sagt Eymann, dies nachdem er in der «Basler Zeitung» die Qualität der Forschung anzweifelte. Es gebe aber Gruppierungen, die zwei Fremdsprachen auf Primarstufe infrage stellten oder den Start des Sprachenunterrichts in der dritten Klasse bekämpften, sagt Eymann: «Diese Gruppierungen führen diese Studie als ultimatives Beweismittel auf, und das ist überhaupt nicht angebracht.» Auf den Vorwurf, Wissenschaftler gerieten im Sprachenstreit unter politischen Druck, reagiert er gelassen. Er wisse davon nichts. «Druckversuche gegen Wissenschaftler finde ich grundsätzlich nicht gut.» Für den Politiker Eymann gibt es derzeit ohnehin zu viele Studien im Bildungsbereich. «Weniger wäre oft mehr», sagt er.

Mehr Geduld gefordert

Die Erziehungsdirektoren haben im Sprachenstreit auch Wissenschaftler auf ihrer Seite. So haben sich über hundert Fachleute in einer öffentlichen Stellungnahme für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe ausgesprochen. Viele von ihnen sind als Macher von Lehrplänen und Lehrmitteln oder als Lehrerausbildner in den frühen Fremdsprachenunterricht involviert. Sie plädieren für mehr Geduld: Aus ihrer Sicht kann die Wissenschaft den Fremdsprachenunterricht an der Primarschule erst seriös untersuchen, wenn dieser sich in allen Kantonen eingependelt hat.

Die EDK hat selber auch eine Forschungsübersicht in Auftrag gegeben. Internationale Wissenschaftler wählten dafür nach bestimmten Qualitätskriterien Studien aus. Die Forschung von Simone Pfenninger kam nicht in diese Auswahl. Die Übersicht streicht verschiedene Vorteile des frühen Fremdsprachenunterrichts heraus. Aber auch sie macht Vorbehalte zum Grundsatz «Je früher, desto besser» sichtbar: Ältere Schüler lernten eine zweite Fremdsprache in der Regel rascher als jüngere. Die Autoren der Übersicht hüten sich jedoch davor, politische Schlüsse aus den Befunden zu ziehen. «Es steht in keiner Studie, dass es besser wäre, den frühen Sprachenunterricht auf später zu verschieben», sagt Stefan Denzler. Er ist stellvertretender Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF). Sie hat die von der EDK bestellte Forschungsübersicht zusammengefasst und veröffentlicht. Denzler sagt, in der Schweiz sei der Fremdsprachenunterricht noch kaum erforscht. Aufgrund einer einzelnen Studie ein gan-

zes Schulsystem zu ändern, wäre fahrlässig. Er spricht damit indirekt Pfenningers Studie an.

Simone Pfenninger wird die Schweiz und den Sprachenstreit verlassen. Am 1. Oktober beginnt die mittlerweile 36-Jährige als Professorin an der Universität Salzburg.

Was Studien sagen und Politiker verstehen, ist oft nicht das Gleiche

(lcv.) Politiker stützen sich gerne auf Forschungsergebnisse. Das Prädikat «wissenschaftlich» erhöht die Glaubwürdigkeit, liefert Fakten. Doch es kommt immer wieder vor, dass die Wissenschaft von der Politik instrumentalisiert wird, auch in der Schweiz.

2013 etwa gab der Wirtschaftsverband Economiesuisse bei der ETH Zürich eine Studie über die Auswirkungen der Energiestrategie 2050 des Bundesrates in Auftrag. Economiesuisse leitete daraus ab, das Bruttoinlandprodukt würde um ein Viertel sinken. Der Autor der Studie, Peter Egger, wies diese Interpretation jedoch zurück. Er habe lediglich verschiedene Szenarien durchgespielt, ohne zu werten.

Auch im Abstimmungskampf um die Erbschaftssteuerinitiative gab es Diskussionen um eine Studie: Wirtschaftsprofessor Marius Brühlhart kam in einer unabhängigen empirischen Untersuchung der Universität Lausanne zum Schluss, dass die Mobilität wohlhabender Rentner geringer sei als angenommen. Als Plädoyer für die Initiative wollte er seine Arbeit aber nicht verstanden wissen. Das nützte ihm wenig. Das Initiativkomitee sah sich bestätigt, die Allianz der Gegner kritisierte den Datensatz als unvollständig.

Eine Studie der Universität Zürich, durchgeführt von dem Ökonomeprofessor Michael Wolf, kam zum Schluss, dass keine Korrelation zwischen Zigarettenpackungen mit Warnhinweisen und der Anzahl jugendlicher Raucher bestehe. Auf dieses Ergebnis verweist die Tabakindustrie gerne, wenn Regierungen Warnhinweise auf Zigarettenpackungen anbringen wollen. Die Untersuchung wurde von Tabakmulti Philip Morris mitfinanziert. Deshalb verlangte die Anti-Tabak-Lobby von der Universität Zürich, die Studie zurückzuziehen. Diese liess 2015 ein externes Gutachten erstellen. Das Ergebnis: Die Studie sei nicht fehlerhaft, allerdings seien die Annahmen, die ihr zugrunde lägen, nicht sehr aussagekräftig. Die Studie solle darum als «umstritten» ausgewiesen werden.

<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/fruehfranzoesisch-kartell-des-schweigens-ld.117378>
